

# Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Flota. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberhöl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Reklametitel für Poln.-Oberhöl. 30 Gr., für Polen 30 Gr. Bei gerichtl. Beibringung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2  
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 43 Dienstag, den 18. März 1930 48. Jahrgang

## Pilsudski wird entscheiden

Der Rücktritt Bartels vom Staatspräsidenten noch nicht bestätigt — Lösung der Kabinettskrise erst Anfang April — Die zurückgetretenen Minister üben weiter ihr Amt aus — Noch kein Ministerpräsident in Sicht

Warschau. Der Staatspräsident hat am Sonnabend den Ministerpräsidenten Bartel zu einer längeren Unterredung empfangen, indessen das Rücktrittsgebot des Kabinetts noch nicht behäftigt, sondern sich Bedenkzeit von einigen Tagen erbeten. Diese Wohnnahme des Staatspräsidenten ruft hier Bedenken hervor, da man mit der Annahme des Rücktritts des Kabinetts sicher gerechnet hat und mit dem Antrag an Bartel, die Geschäfte der Regierung weiter zu leiten. Es hat den Anschein, als wenn die Entscheidung über die Kabinettskrise nicht beim Staatspräsidenten, sondern bei Pilsudski liegen würde, der indessen bisher keinerlei Unterredungen mit irgend welchen Persönlichkeiten hatte. Man erwartet seine Maßnahmen erst im Laufe dieser Woche, ebenso eine erneute Rücksprache des Staatspräsidenten mit den Parteiführern. In politischen Kreisen wird behauptet, daß die Krise wohl vorbereitet sei, denn der Sejm hätte wissen müssen, daß ein besseres Kabinett, als es das Bartels war, würde für Obersten unmöglich sein, denn er habe alles getan, um die Zusammenarbeit zwischen Sejm und Regierung zu ermöglichen, die jetzt die Opposition angeblich willkürlich abgebrochen

habe. Wahrscheinlich wird die Krise bis zur Schließung des Sejm hinausgezogen, dann ein Kabinett gebildet, aber der Sejm selbst erst im Herbst wieder zur Beratung des Budgets zusammengerufen. In der Zwischenzeit will die Regierung mittels Dekretes des Staatspräsidenten die laufenden Aufgaben erledigen. Da die Minister ungeachtet des Mißtrauensvotums weiter ihre Tätigkeit versehen und sogar neue Projekte vorbereiten, so wird angenommen, daß das Kabinett in der bisherigen Zusammensetzung unter Bartels Führung bleibt und wenn der Sejm im Herbst zusammentritt, erneut sein Mißtrauen anspricht, aufgelöst wird. Die Zahl der kommenden Ministerpräsidenten ist gerücheltweise bereits auf zehn gestiegen, doch rechnet man immer wieder mit der Wahrscheinlichkeit, daß Bartel das neue Kabinett führen wird, was auch aus dem Verhalten des Staatspräsidenten hervorgeht. Man erkennt in Warschau keinen Augenblick, daß die Entscheidung einzig und allein im Belvedere bei Pilsudski und nicht auf dem Schloß bei Moscicki liegt.

### Primo de Rivera plötzlich gestorben

Paris. General Primo de Rivera, der sich kurz nach seinem Sturz nach Paris begeben hatte, und seitdem in einem Hotel wohnte, ist am gestrigen Sonntag ganz plötzlich gestorben. Primo de Rivera litt seit langem an einer schweren Zuckerkrankheit und beabsichtigte, sich in nächster Zeit nach Frankfurt a. M. zu einer Sonderbehandlung zu begeben.



Berlin. Primo de Rivera ist 1871 als Sohn des Marschalls Primo de Rivera geboren. Im Alter von 30 Jahren war er schon General. Von 1917 bis 1921 war er Senator und vertrat damals den Standpunkt der Aufgabe Marokkos. Er war zuletzt Generalkapitän in Barcelona, als er Mitte September 1923 an die Spitze der Militärrevolution trat, die die bestehende parlamentarische Regierung verjagte und eine Militärregierung einsetzte, mit der Absicht, dem durch die parlamentarischen Mißbräuche mitgenommenen Lande wieder aufzuhelfen. Anfang Dezember 1925 bildete Primo das nur aus Generalen bestehende Direktorium in ein Kabinett um, in dem er selbst den Vorsitz führte. Im Jahre 1926 kam es zu einer Krise der Diktatur, da das Offizierskorps der Artillerie in Gegensatz zu ihm trat. Primo blieb jedoch Herr der Lage, da die übrigen Teile der Armee ihm treu blieben. Nachdem im September 1928 eine neue Militärverwaltung aufgedeckt war, kam es Anfang Februar 1929 in mehreren spanischen Städten zu einer neuen Revolte gegen die Diktatur, die diesmal von der alten konservativen Partei unter Führung von Santes Guerra aufging. Der Aufstand wurde niedergeschlagen. Nachdem Primo mit seinem Rücktritt gedroht hatte, gab ihm der König neue diktatorische Vollmachten. Durch königlichen Erlass wurde die Artillerieschule von Segovia aufgelöst. Nach wiederholten Rücktrittsäußerungen erfolgte der endgültige Rücktritt Primos zu Anfang dieses Jahres, worauf am 30. Januar die endgültige Zusammenfügung des neuen spanischen Kabinetts erfolgte. Primo de Rivera wurde gezwungen, Spanien zu verlassen und hielt sich zuletzt in Paris auf.

## Lardieus Hoffnungen auf die Flottenkonferenz

Frankreich erwartet Erfolge — Ein Flottenlocarno muß kommen

London. Ministerpräsident Lardieu gab am Sonntag abend über die Besprechungen in Chequers eine Erklärung ab, in der er u. a. feststellt, daß die verschiedenen Methoden, die geeignet seien, die Meinungsverschiedenheiten in den entscheidenden Punkten erörtert worden seien und in den nächsten Tagen weiter behandelt würden. „Was wir brauchen, ist nicht Haß, sondern Erfolg. Ich bin überzeugt, daß wir zu einem befriedigenden Ergebnis kommen werden. Die gemeinsame Arbeit geht weiter.“

Lardieu wird am Montag vormittag nach Paris abreisen, aber vielleicht am Freitag oder Sonnabend nach London zurückkehren. Inzwischen werden die Verhandlungen für Frankreich durch Briand geführt werden. Am Sonntag vormittag fand auch eine Besprechung zwischen dem amerikanischen Vertreter Morrow und Lardieu statt, die als eine Art endgültige Befestigung des amerikanischen Standpunktes vor Beginn der englisch-französischen Besprechungen zu bewerten war. Das Ergebnis der Sonntagsvorhandlungen ist mindestens eine vorläufige Reitung der Flottenkonferenz. Wie von wohl unterrichteter Seite erklärt wird, kann es nunmehr als sicher gelten, daß auch die Franzosen einen offenen Bruch unter allen Umständen zu vermeiden wünschen und in Ermangelung bestimmter Garantien darauf hinarbeiten, eine Herabsetzung der italienischen Forderungen zu erreichen, um dann ihrerseits die Tonnageforderungen etwas herabzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist die Stellungnahme des „Observer“ bemerkenswert, der zugibt, daß die Konferenz jetzt vielmehr festgefahren sei, als zu irgend einer Zeit und daß tatsächlich die einzige Möglichkeit für ihre Rettung in einer Änderung der französischen Haltung liege. Garwin veröffentlicht im Observer bereits einen Artikel unter der Überschrift: „Wenn die Konferenz fehl schlägt“, in dem die Berücksichtigung der französischen Garantiewünsche zurückgewiesen und sie durch Lozarnovertrag und Kelloggpatent unter Beweis gestellte ehrliche Absicht der deutschen Politik gegenüber Frankreich sehr nachdrücklich unterstrichen wird. Gleichzeitig ist Garwin der Auffassung, daß es ein Fehler war, Deutschland nicht zu der Flottenkonferenz einzuladen, da Deutschland „mit seinen sehr großen Waffentechniken und seinen technischen Fähigkeiten“ ein unerschütterliches Element auf jeder internationalen Konferenz darstellt.

### Macdonald und Lardieu

London. Nach vierstündiger Dauer sind am Sonntag die Verhandlungen zwischen Macdonald und Lardieu zu Ende gegangen. In den Besprechungen haben auf englischer Seite Macdonald, der erste Lord der Admiralität Alexander, und der Chef der Amerika-Abteilung des Foreign Office, Craigie, teilgenommen, während die Franzosen von Lardieu, Briand, und den Marineminister vertreten waren.

Von der französischen Abordnung wird über die Besprechungen folgender amtlicher Bericht ausgegeben: Im Laufe der Verhandlungen, die am Sonntag in Chequers zwischen der französischen und britischen Abordnung stattfanden,

wurde die Lage besonders im Hinblick auf die politischen Fragen eingehend erörtert. Die beiden Abordnungen suchten die besten Mittel ausfindig zu machen, um einen Erfolg der Besprechungen zu gewährleisten. Die Verhandlungen werden fortgesetzt werden.

### Kommunistenverhaftung in Reval

Reval. Die Polizei hat eine große Kommunistenverhaftung aufgedeckt. Bisher sind in Reval und Pernau 20 Verhaftungen, darunter von Abgeordneten der Kommintern, vorgenommen worden. Unter dem beschlagnahmten Material sind genaue Richtlinien der Kommintern für einen Umsturzversuch gefunden worden. Die Polizei konnte einen der Führer in die Wohnung locken, die die Verschwörer als Versammlungsort benutzten. Die Wohnung war vorher durch Kriminalbeamte besetzt worden. Nach verzweifeltem Kampfe wurde der Kommunist erschossen. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Die Namen der Verhafteten werden geheim gehalten.



### Ein Franzose, der wirkliche Verständigung sucht

Der französische Abgeordnete Dormann, der Präsident der Nationalen Vereinigung der Kriegsveteranen, hat 15 000 deutsche Veteranen eingeladen, die Schlachtfelder am Chemin des Dames zu besuchen, auf denen 600 000 Soldaten der gegnerischen Heere gefallen sind. Der Massenbesuch soll französische und deutsche Kriegsteilnehmer einander näher bringen.

### 1500 Familien obdachlos

Paris. Nach einem Telegramm aus Saragossa nehmen die Ueberschwemmungen des Ebro ungeheure Ausmaße an. Der Wasserpegel steht 7 Meter über normal. Die Einwohner von Arabal mußten die Häuser räumen. 500 Gebäude sind eingestürzt und 1500 Familien obdachlos. Aus dem französischen Ueberschwemmungsgebiet verlautet, daß die Garonne bei Bordeaux an zahlreichen Stellen über die Ufer getreten ist. Militäer arbeiten fieberhaft, um den wichtigen Damm von Pouillac, der die Vorstädte von Bordeaux schützt, zu verfestigen.

### Vor der Verhaftung Ghandis

London. In den mit den Vorgängen in Indien wohlvertrauten englischen Kreisen rechnet man bestimmt damit, daß Ghandis Verhaftung bevorsteht. Die Notwendigkeit der Verhaftung wird damit begründet, daß in den von Ghandi beherrschten Provinzen die für die Verwaltung maßgebenden Personen in Zurückhaltung der Ghandi-Anforderung von ihren Verwaltungsgeschäften zurückgetreten sind.

